



Impulse für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt

böllpaper

Grüne Prioritäten für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt

Ein Überblick

**Georg McCutcheon, Anton Möller,
Taube Van Melkebeke**

Einleitung

Mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) legt die Europäische Union langfristig ihr Budget fest – und damit auch ihre politischen Prioritäten für die kommenden Jahre. Im Juli 2025 legte die Europäische Kommission ihren Entwurf für den MFR 2028 bis 2034 vor. Lange und komplexe Verhandlungen werden folgen. Die politischen Entscheidungsträger*innen haben nun die Gelegenheit, die Ambitionen heraufzusetzen und auf Klima- und Sicherheitsziele sowie soziale und wirtschaftliche Meilensteine hinzuarbeiten.¹

Der MFR auf einen Blick

Der Haushalt der EU besteht aus zwei Teilen, dem Mehrjährigen Finanzrahmen einerseits und den jährlichen Haushaltsplänen andererseits. Innerhalb dieses Systems erfüllt der MFR drei wichtige Funktionen: Durch ihn sind Ausgabenkategorien definiert, entsprechende Obergrenzen festgelegt und das jährliche Haushaltverfahren wird geregelt (Art. 312 AEUV). Damit bestimmt er nicht nur die politische Agenda der Union, sondern gibt auch wichtigen Governance-Mechanismen einen Rahmen, wie etwa der sogenannten Rechtsstaatskonditionalität, und grenzt die Aufgaben der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und der Regionen in den Haushaltverfahren der EU voneinander ab. Trotz seiner technisch-fachlichen Anmutung ist der MFR daher ein wichtiger Bestandteil der Regeln und Gesetze, die die strategische Richtung der EU vorgeben. Dementsprechend wirkt sich der MFR wesentlich auf eine Vielzahl nationaler Politikbereiche aus und ist daher ein unerlässlicher und weitreichender Bestandteil der EU-Gesetzgebung.

In diesem Policy Paper zeigen wir die wichtigsten politischen Erfordernisse auf, denen der MFR Rechnung tragen muss, und definieren Kriterien für eine Beurteilung des künftigen EU-Haushalts. Dieser Text wird von einer Reihe detaillierter Hintergrundanalysen führender Fachleute begleitet und gestützt. Darin soll ermittelt werden, was nötig ist, damit der Haushalt der EU den vielfältigen Herausforderungen und Chancen der Zukunft gerecht wird.²

Die Europäische Union steht vor einer Vielzahl unterschiedlicher Herausforderungen: Zunehmende Sicherheitsbedrohungen und weltweite Verunsicherung erfordern eine starke europäische Antwort. Gleichzeitig verschlechtert sich aber auch die wirtschaftliche Lage in Europa durch die sinkende Wirtschaftsleistung, mangelnde

- 1 Dieser Text wurde zu Beginn der Haushaltverhandlungen im Sommer 2025 verfasst und stellt somit eine Zustandsbeschreibung dar. Redaktionsschluss für den Original-Text auf Englisch war im November 2025. Statt den MFR-Entwurf vollumfänglich zu beurteilen, wollen wir Wegmarken setzen, die als Richtschnur für Analysen und politische Debatten im weiteren Verlauf der Verhandlungen dienen können.
- 2 Wir danken Till Eichler, Roderick Kefferpütz, Chantal Kopf, Tsvetelina Kuzmanova, Eva van de Rakt, Robert Ranson, Margit Schratzenstaller und Reka Tunyogi für ihre wertvollen Anmerkungen zu diesem Paper. Etwaige Fehler sind von den Autor*innen zu verantworten.

Innovationskraft und rückläufiges Produktivitätswachstum. Die Mitgliedstaaten haben Schwierigkeiten, ihren Klimaverpflichtungen und sozialen Zielen nachzukommen, etwa bei der Überwindung der Armut. Eine breite Palette von Studien³ zeigt, dass der EU-Haushalt wachsen muss, um diesen Herausforderungen begegnen zu können – vor allem vor dem Hintergrund der anstehenden Rückzahlungen aus dem Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU). Bliebe der Finanzrahmen bei seinem bisherigen Volumen, würden diese Verbindlichkeiten bedeuten, dass de facto ein Sparhaushalt verabschiedet wird. Es geht demnach um Quantität, aber auch um Qualität. Bei der Erarbeitung eines Finanzrahmens, der den Herausforderungen gewachsen ist (und zwar vom heutigen Tag an bis 2034), ist eine Vereinheitlichung und Aktualisierung der Ausgabenprioritäten und Governance-Strukturen sowie der Struktur des Haushalts an sich unerlässlich.

Der Kommissionsentwurf auf einen Blick

Im Entwurf der Kommission vom 16. Juli 2025 fallen vier Punkte besonders auf:

1. Die Erhöhung des **Volumens** von 1,26 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU (vormals 1,12 Prozent, darunter 0,11 Prozent des BNE für Tilgungen im Rahmen von NGEU).*
2. Die vereinfachte und flexiblere **Struktur** mit weniger Titeln und Programmen sowie **neuen nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen** (NRPP), wonach Haushaltslinien für Kohäsion mit denen für Landwirtschafts- und Fischereipolitik sowie Migration zusammengelegt, wesentlich konsolidiert und mittels länderspezifischer Pläne verausgabt werden sollen. Für eine Auszahlung der Gelder wird die Umsetzung von Reformen vorausgesetzt.
3. Der **Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit** (ECF), dotiert mit 450 Milliarden Euro unter direkter Federführung der Kommission, der leichteren Zugang zu Investitionen in Forschung, Innovation, Clean Tech und Verteidigung ermöglichen soll.
4. Der Vorschlag, die **Eigenmittelobergrenze** auf 1,75 Prozent des BNE der EU anzuheben und zusätzlich ca. 58 Milliarden Euro jährlich aus Abgaben auf Emissionen, Tabak, Elektroschrott sowie Umsätze von Großkonzernen hinzuzufügen.

*Hinweis: Die Zahlen im gesamten Text basieren auf **aktuellen Preisen** (inflationsbereinigt).

³ Bruegel, Bigger, better funded and focused on public goods: how to revamp the European Union budget, Juli 2025

Für einen systematischen Blick auf diese Herausforderungen haben wir unsere Beurteilung in drei Schlüsselthemen aufgeteilt. Im ersten Abschnitt untersuchen wir, welchen Erfordernissen der MFR Rechnung tragen muss, und betrachten, wie sie sich auf das nötige Gesamtvolumen auswirken. Danach skizzieren wir Kriterien für neue Eigenmittel der EU. Im zweiten Teil erörtern wir, welche Ausgabenprioritäten im Entwurf enthalten sein sollten. Der dritte Abschnitt befasst sich mit der Struktur und Governance des MFR und damit, wie der neue Mehrjährige Finanzrahmen die Grundpfeiler für transparentere, inklusivere und widerstandsfähigere Umsetzungsstrukturen setzen könnte.

1 Warum diese Zahlen wichtig sind

Eine entscheidende Frage für diesen MFR dreht sich einzig und allein um Zahlen. Bietet der Finanzrahmen genügend Investitionsspielraum, um die wichtigsten Politikziele der EU zu erreichen? Es erfordert umfassende Investitionen, die Vorgaben des European Green Deal zu erfüllen, die digitale Transformation umzusetzen und die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte einzuhalten, dabei aber zugleich sicherzustellen, dass die EU-Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und die Bürger*innen langfristig in Sicherheit leben können.

Nach einer detaillierten Beurteilung der Ausgaben, die in der EU notwendig wären, um die ökologische Transformation (in Bereichen wie Energieversorgung, Gebäude, Verkehr, Umweltmaßnahmen und Klimafinanzierung) zu vollziehen, die digitale Transformation durchzuführen und Verteidigungsbereitschaft herzustellen, schätzen die Autor*innen einer Studie von Bruegel, dass immer noch Gelder in Höhe von 149 bis 157 Milliarden Euro, oder ca. 0,8 Prozent des BNE der EU, jährlich fehlen.⁴ Auch wenn diese Berechnungen naturgemäß Unsicherheiten unterliegen und komplexen Verfahren folgen, was verbindliche Aussagen über den Finanzierungsbedarf erschwert, wird deutlich, dass der EU-Haushalt immer noch große Finanzierungslücken aufweist. Auch mit der vorgeschlagenen Erhöhung von 1,12 Prozent auf 1,26 Prozent des BNE können diese Investitionen nicht bedient werden – vor allem, weil ein wesentlicher Teil dieser Erhöhung dafür vorgesehen ist, Verbindlichkeiten aus dem NGEU-Instrument zurückzuzahlen.

Diese Haushaltslücke lässt sich aus mehreren Gründen nicht ohne zusätzliche Mittel der Union schließen. Aus rein praktischer Sicht sind manche Mitgliedstaaten aufgrund der Rahmenbedingungen der europäischen Fiskalpolitik schlicht und einfach nicht in der Lage, den Finanzierungsbedarf zu decken. Selbst wenn man die Haushaltskontrolle der EU einmal beiseitelässt, haben die EU-Länder aufgrund unterschiedlicher Zugangsmöglichkeiten zu Kapital sowie unterschiedlich hoher Finanzierungskosten und interner Rahmenbedingungen beschränkte finanzielle Spielräume. Wichtiger ist jedoch, wie eingangs beschrieben, der breite politische und gesellschaftliche Zusammenhang. Die Herausforderungen, vor denen wir überall in Europa stehen, gelten über alle Grenzen hinweg. Inmitten einer historischen Umstrukturierung der Weltordnung und einer tobenden Klimakrise sind gemeinsame europäische Lösungen die einzige gangbaren Auswege für die Mitgliedstaaten. Damit geht es für einen starken MFR nicht nur darum, Mittel nach Brüssel umzulagern, sondern darum, grenzüberschreitende grüne Investitionen zu ermöglichen, die mit koordinierten europäischen Finanzinstrumenten Mehrwert für die EU schaffen.⁵

Dennoch stellen umfangreiche EU-weite Investitionen nicht das einzige Problem für diesen MFR dar. Das Auslaufen des Aufbauinstruments NextGenerationEU wird dazu

4 Ebd.

5 Heinrich-Böll-Stiftung, [Die Finanzarchitektur der EU zukunftsfähig gestalten](#), Juli 2024

führen, dass weniger Mittel zur Verfügung stehen, während die Rückzahlung der aufgenommenen Verbindlichkeiten die öffentlichen Haushalte zusätzlich belasten wird. Wenn, wie von der Kommission im NGEU-Tilgungsplan vorgeschlagen, die Rückzahlungen durch den Haushalt 2028–2034 abgedeckt werden, dann hat das weitreichende Folgen für die Umsetzung der anderen EU-Prioritäten im Rahmen desselben Haushalts.

Der nächste langfristige EU-Haushalt wird auf ein sich veränderndes wirtschaftliches und politisches Umfeld und unvorhergesehene äußere Einflüsse reagieren müssen. Eine dieser Variablen ist die Inflationsrate. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die jährliche Inflationsbereinigung der Gesamtausgaben der EU, derzeit festgeschrieben auf 2 Prozent, der tatsächlichen Inflationsrate entspricht. Im derzeitigen MFR führte die Diskrepanz zwischen tatsächlicher Inflation und dem im Haushalt angesetzten Deflator in Phasen hoher Inflation dazu, dass der tatsächliche Haushalt der Union schrumpfte.⁶

1.1 Eigenmittel zur Überwindung der Nullsummenmentalität der Mitgliedstaaten

Jedwede Budgeterhöhung wird von den Mitgliedstaaten, die den EU-Haushalt danach beurteilen, wie viel sie eingezahlt und was sie von der EU zurückbekommen haben, aufs Heftigste angefochten. Nach ihrer Logik braucht es klar umrissene vorläufige Mittelzuweisungen. Um diese Logik zu durchbrechen und dafür zu sorgen, dass ein höherer EU-Haushalt ermöglicht wird, muss unter anderem ein neuer Weg hin zu mehr Eigenmitteln eingeschlagen werden.⁷

Das Schicksal des vorherigen Vorschlags der Kommission für einen Korb neuer Eigenmittel, der aktuell in einer politischen Pattsituation im Rat feststeckt, zeigt, wie schwierig eine erfolgreiche Umsetzung ist. Die Mitgliedstaaten, insbesondere die Bundesregierung, werden sich auf konstruktive Verhandlungen einlassen müssen. Wir argumentieren, dass Eigenmittel eine Reihe von Kriterien erfüllen müssen, damit ein Kompromiss möglich wird. Erstens müssten sie durch eine Lenkungswirkung strategisch zur Erreichung von EU-Zielen beitragen, indem sie etwa zur Reduktion von Emissionen oder zum Abbau von Ungleichheit führen. Zweitens sollten sie auf Maßnahmen abzielen, die nur für die EU als Ganzes umsetzbar sind, wie etwa den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (*Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM*). Drittens müssen sie zu einer echten Erhöhung des Budgets führen, anstatt vorhandene nationale Beiträge lediglich zu ersetzen.

Dr. Margit Schratzenstaller vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung hat den Vorschlag zu Eigenmitteln umfassend beurteilt. Ihren Text finden Sie [hier](#).

6 ECDPM, [The multiannual financial framework after 2027: Financing the EU's global ambitions](#), Dezember 2024

7 Heinrich-Böll-Stiftung, [New EU own resources to strengthen Europe's long-term budget](#), November 2025

2 Priorisierung der Ausgaben

Durch die Festsetzung von Obergrenzen legt der MFR zugleich die Prioritäten der EU für die kommenden Jahre fest. Der EU-Haushalt wird eine Reihe verschiedenster Themen abdecken müssen. Dazu gehören die Rolle der EU bei der Förderung europäischer Prinzipien und Werte auf internationaler Ebene und innerhalb der EU, die finanzielle Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft und gelebten Demokratie sowie Investitionen in die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas und auch in seine Sicherheit.

Der Entwurf der Kommission enthält eine Vielzahl horizontaler Grundsätze für den MFR und definiert darüber hinaus zwei konkrete Ausgabenzielwerte für Klimaschutz und Umwelt sowie Sozialpolitik. Daher wollen auch wir uns auf diese beiden Fragen konzentrieren: Wie trägt der Haushalt der Klimakrise Rechnung? Und wie trägt er zur Umsetzung der europäischen Sozialagenda bei?

2.1 Klima und Umwelt

Der MFR muss die Umsetzung einer ambitionierten Klima-Agenda ermöglichen, die die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Volkswirtschaften in den Zielen des European Green Deal verankert. Der aktuelle MFR sieht vor, dass 30 Prozent aller Ausgaben klimabezogenen Maßnahmen zugutekommen. Weitere 10 Prozent sind ein freiwilliger Zielwert zugunsten von Biodiversität und Umweltschutz. Diese überlappende Definition führte zu einer doppelten Buchführung, bei der Investitionen in der Kategorie „Biodiversität“ noch einmal unter Klimaschutz verbucht werden. Vor dem Hintergrund einer geschätzten Finanzierungslücke von 200 Milliarden Euro⁸ für Biodiversität und der herausragenden Bedeutung der EU-Förderung in diesem Bereich sowie des nachweislichen Bedarfs an öffentlicher Finanzierung im Klimasektor⁹ muss der nächste MFR sowohl für Klimaschutz als auch Biodiversität de facto mehr Mittel bereitstellen. Für die Umsetzung ist eine faktenbasierte und gezielte Vorgehensweise wichtig. Während die Verhandlungen um den Kommissionsentwurf für 2028–2034 Fahrt aufnehmen, liegt nun ein gemeinsamer Zielwert für Klimaschutz und Umwelt (35 Prozent) auf dem Tisch. Falls dieser Zielwert weiterverfolgt wird, werden praktische Definitionen und die Umsetzung entscheidend für seine Wirkung sein.

Bei der bevorstehenden Überarbeitung der Struktur des MFR, insbesondere dem Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit sowie den nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen, muss das Festschreiben eines Ausgabenzielwerts für Klimaschutz und Umwelt in den verschiedenen Finanzierungsinstrumenten im Mittelpunkt stehen. Für die beiden wichtigsten Programme, den *European Competitiveness Fund* (ECF) und die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) hat die

⁸ WWF, [Biodiversity funding in the EU's next long-term budget: Opportunities and risks of introducing national plans](#), März 2025

⁹ Institute for Climate Economics, [The State of Europe's Climate Investment 2025 edition](#), Juni 2025

Kommission Ziele vorgelegt. Letztlich liegt es an den Verhandelnden, ambitionierte Zahlen zu verankern, damit die EU ihre Wettbewerbsagenda in einer sauberen Wirtschaft und auf der Grundlage des European Green Deal einhalten kann.

Der aktuelle MFR hat uns an wichtigen Punkten gezeigt, was passiert, wenn Ausgaben außerhalb festgelegter Kategorien erfolgen. Im letzten Haushaltszyklus lagen die Ausgaben für umweltschädliche Subventionen über denen für klimapositive Investitionen.¹⁰ Um dieses Problem anzugehen, müssen Ausgabenzielwerte von verlässlichen und durchsetzbaren DNSH-Leitlinien (*Do No Significant Harm* – Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen) begleitet werden, die systematisch klima- und umweltschädigende Maßnahmen ausschließen. Im neuen Entwurf der Kommission sind diese Leitlinien bereits durchgehend im Haushalt berücksichtigt. Die verhandelnden Parteien sollten jedoch zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen einbauen, damit sich die vereinbarten Grundsätze auch in den tatsächlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten niederschlagen.

Eine vollständige Beurteilung des Vorschlags der Europäischen Kommission zu Klima und Umwelt von Till Eichler von Transport & Environment lesen Sie [hier](#).

2.2 Sozialausgaben

Soziale Ziele sollten Wettbewerbsfähigkeit, Klima und Sicherheit in ihrer Bedeutung nicht nachstehen. Die zunehmende Ungleichheit zwischen und innerhalb von Mitgliedstaaten bei der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung, Wohnraum und Fachkräften bedroht den Zusammenhalt der Union und die Unterstützung für eine EU-Integration. Daher ist es zentral, dass soziale Themen in EU-weiten Maßnahmen wie den NRPP, aber auch im ECF, gleich behandelt werden.

Der wachsende Bedarf an Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung kann jedoch zu riskanten Kompromissen führen. Akteure aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaften warnen bereits davor, Mittel aus dem Kohäsionsfonds oder dem Europäischen Sozialfonds plus (ESF+) zur Finanzierung von Militärausgaben einzusetzen. Sie verweisen darauf, dass ein solcher Ansatz das Vertrauen in die Solidarität innerhalb der EU schwächen und ihre Legitimität in einzelnen Regionen untergraben würde.¹¹ Daher braucht es Schutzvorrichtungen, die dafür sorgen, dass neue Sicherheitsausgaben nicht zu Lasten der europäischen Säule sozialer Rechte gehen oder Maßnahmen gegen Kinderarmut und für eine gerechte Transformation verdrängen.

Im nächsten MFR sollte also auch in der sozialen Dimension verstärkt auf den Einsatz von Konditionalitäten gesetzt werden. Aufbauend auf den DNSH-Leitlinien aus dem Klimaschutz muss die EU einen Weg finden, wie sie bei allen Fördermaßnahmen den Beitrag zu den Sozialzielen beurteilt. Um eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschaft

¹⁰ Bruegel, [Finance for nature: how to improve funding for the protection of biodiversity](#), Dezember 2024

¹¹ Social Economy Europe, [Defence is also about defending Europe's Social Values: Call for action](#), Juli 2025

gestalten zu können, muss der Haushalt mit verlässlichen sozialen Konditionalitäten versehen sein: Einhaltung von Arbeitsnormen, angemessene Mindesteinkommen, gerechte Löhne, Tarifverhandlungen, Gleichstellung der Geschlechter und Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung. Eine systematische Einhaltung dieser Bedingungen würde sicherstellen, dass Investitionen im Rahmen des MFR die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken und zugleich auf soziale Ziele einzahlen.

Eine weitergehende Beurteilung der Sozialausgaben im MFR-Entwurf der Europäischen Kommission hat Réka Tunyogi von der Social Platform verfasst. Ihren Text finden Sie [hier](#).

3 Struktur und Governance

Mehr Mittel für den EU-Haushalt und die Festlegung der wichtigsten Prioritäten für den MFR 2028–2034 sind unerlässlich. Aber auch bei der Steuerung des Budgets sind grundlegende Reformen nötig, um die Ziele für die Zukunft Europas erreichen zu können. Die vergangenen fünf Jahre haben deutlich gezeigt, dass die EU einen Haushalt braucht, der im Laufe der Zeit immer wieder angepasst werden kann, wenn die Umstände sich ändern. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Struktur des MFR zu rigide ist und damit der EU die Möglichkeit nimmt, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Das geht teilweise auf den hohen Anteil der vorläufigen Mittelzuweisungen zurück. Über 90 Prozent des aktuellen MFR sind bereits zweckgebunden, wodurch wenig Spielraum für akute Bedarfe bleibt.¹²

Darüber hinaus hat die steigende Zahl an Fördertiteln und -programmen (der aktuelle MFR 2021–2027 besteht aus 52 Programmen) die Prioritäten für Förderung und Finanzierung verwässert. Gleichzeitig sind derzeit 62 Prozent des Budgets für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit ihren flächenbasierten Subventionen und die Kohäsionspolitik vorgesehen, die eine gemischte Erfolgsbilanz aufweist. Im Zusammenspiel schränken diese strukturellen Eigenschaften die Kapazitäten für eine klare Festlegung von Prioritäten für die EU ein.¹³

Diese Nachteile unterstreichen die Notwendigkeit einer Strukturreform. Jedoch führen mehrere Faktoren, insbesondere die großen Hürden für eine Reform des Eigenmittelsystems,¹⁴ das festgefaßte Denken in Netto-Positionen („juste retour“)¹⁵ und starkes Lobbying (z.B. aus der Agrarwirtschaft),¹⁶ dazu, dass der Status quo festgefahren ist.

Die Europäische Kommission versucht nun, einige dieser Hindernisse durch vorgeschlagene Änderungen und Vereinfachungen in der Struktur und Governance des Finanzrahmens abzubauen. Besonders bemerkenswert sind dabei die länderspezifischen, leistungsbasierten NRPP, die direkt zwischen der Kommission und einzelnen nationalen Regierungen ausgehandelt werden und die Zuweisungen für Kohäsion, GAP, Fischerei und Migration in sich vereinen (und so etwa elf verschiedene Programme in einem verbinden). Nach der Verabschiedung im Rat würden die Pläne eine (teilweise) Umsetzung von Reformen voraussetzen, bevor Mittel ausgeschüttet werden können. Zugleich macht der Vorschlag den Finanzrahmen auf zwei Arten flexibler: Erstens, indem ein wesentlicher Teil der Mittel zunächst überhaupt nicht zugewiesen wird. Und zweitens, indem die Mitgliedstaaten durch minimale Zweckbindung mehr Spielraum erhalten, Mittel nach Bedarf einzusetzen. Die vorgeschlagene Überarbeitung der Governance hat zugleich dazu geführt, den Fokus auf gemeinsame EU-Prioritäten

12 Jacques Delors Centre, [Reif für Reformen – Was im EU-Haushaltsvorschlag steckt und was als Nächstes passieren sollte](#), August 2025

13 Ebd.

14 Europäische Kommission, [Study on the Potential and Limitations of Reforming the Financing of the EU Budget](#), Juni 2016

15 Schratzenstaller, [Reform Options for the EU's System of Own Resources](#), 2014

16 Corporate Europe Observatory, [Internal documents reveal agribusiness lobby to keep status quo CAP and derail 'Farm to Fork'](#), Oktober 2020

wieder zu schärfen, mehr Flexibilität zu ermöglichen, um veränderten Bedingungen begegnen zu können, und eine zunehmend komplexe Haushaltsstruktur wieder zu vereinfachen.

Dennoch regte sich bereits heftiger Widerstand. Nicht zuletzt, weil erste Schätzungen zeigen, dass damit reale Kürzungen für Kohäsion und Agrarpolitik von 15 Prozent bzw. 10 Prozent einhergehen würden.¹⁷ Darüber hinaus wurden auch die Machtkonzentration bei der Kommission und die damit einhergehende Schwächung der Rolle des Europäischen Parlaments, die stärkere Entscheidungsfreiheit der nationalen Regierungen bei der Mittelverwendung, der Ansatz, dass Gelder nur noch im Gegenzug für Reformen bereitgestellt werden sowie die mangelnde Zweckbindung und die unattraktiven Anforderungen für eine Kofinanzierung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) im Rahmen der GAP kritisiert.

[Hier](#) finden Sie eine weiterführende Beurteilung der Governance-Reformen im Kommissionsentwurf für den nächsten MFR von Tsvetelina Kuzmanova vom Cambridge Institute for Sustainability Leadership.

¹⁷ Jacques Delors Centre, [Reif für Reformen – Was im EU-Haushaltsvorschlag steckt und was als Nächstes passieren sollte](#), August 2025

4 Prioritäten für die Verhandlungen über den MFR 2028–34

Zur Umsetzung des Reform- und Modernisierungsbedarfs des EU-Haushalts bei gleichzeitiger Berücksichtigung der wichtigsten Kritikpunkte an dem Entwurf wird es in den Verhandlungen klar definierte Prioritäten und gezielte Interventionen brauchen. Als Ausgangspunkt sollten unserer Ansicht nach die folgenden drei Hauptbereiche bearbeitet werden:

- 1. Starke Governance-Mechanismen auf mehreren Ebenen und demokratische Legitimität**
 - Ausreichender Schutz regionaler Interessen und Kompetenzen vor politischer Volatilität auf nationaler Ebene.
 - Berücksichtigung vielfältiger Interessen außerhalb der nationalen Regierungen und Regionen sowie Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Verhandlungen zur Ausgestaltung der NRPP.
 - Starke Aufsicht durch das Europäische Parlament zur Sicherung der demokratischen Legitimität.
- 2. Verlässliche Konditionalitäten für den Erhalt von EU-Mitteln**
 - Stärkung und Sicherung der Durchsetzung der Konditionalität zwischen Erhalt einer EU-Förderung und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit.
 - Ausschluss einer möglichen Verknüpfung der Auszahlung von Geldern mit sachfremden Strukturreformen durch die Kommission.
- 3. Wirksame Ausgaben, die europäischen Mehrwert bei der Erreichung der Ziele für Klima und Soziales schaffen**
 - Konzentration EU-weiter Investitionen vor allem auf gemeinsame öffentliche Güter, die Mehrwert für Europa schaffen.
 - Starke und durchsetzbare Zweckbindungen für die Förderung von weniger stark entwickelten Regionen, Klima- und Umweltmaßnahmen, Biodiversität und Sozialausgaben in den NRPP, um den Zusammenhalt der EU und die klimapolitischen Ziele aufrechtzuerhalten.
 - NRPP so gestalten, dass die GAP wirkungsvoll finanzielle Anreize für Klima- und Umweltmaßnahmen schafft und Landwirt*innen gerecht für die Bereitstellung öffentlicher Güter honoriert werden.

Die Autor*innen

Georg McCutcheon ist Politökonom und Referent für Europapolitik in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Anton Möller ist Politökonom und Leiter des Programms Grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung Büro Brüssel – Europäische Union | Globaler Dialog.

Taube van Melkebeke ist Politikwissenschaftlerin und Head of Policy bei der Green European Foundation.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Georg McCutcheon,
Referat Europäische Union und Nordamerika
mccutcheon@boell.de

Übersetzung: ERBEN Language Services International

Layout: feinkost Design

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Januar 2026

Titelmotiv: © IMAGO/Rene Traut

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-ncnd/4.0/deed.de>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Weitere Studien und Schriften zum Downloaden unter: www.boell.de/publikationen